




Aigner: 'Wir haben bei der EU-Agrarreform die Grundlage für eine sichere Zukunft des Hopfenanbaus gelegt'

Aigner: "Wir haben bei der EU-Agrarreform die Grundlage für eine sichere Zukunft des Hopfenanbaus gelegt". Bundesministerin zieht bei Hopfenrundfahrt in der Hallertau Bilanz. Bei der traditionellen Hopfenrundfahrt in der Hallertau hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner am Montag eine positive Bilanz der europäischen Agrarverhandlungen gezogen und den deutschen Hopfenanbauern auch weiterhin die Unterstützung der Bundesregierung zugesichert. "Zu Beginn der Verhandlungen der EU-Agrarreform drohte den Hopfenanbauern aus Brüssel ein Kahlschlag. Durch harte und lange Verhandlungen ist es uns jedoch gelungen, die bestehenden und bewährten Regelungen für deutsche Betriebe zu sichern. Damit sind die Weichen gestellt, dass Deutschland als weltweit größter Hopfenproduzent auch in Zukunft eine herausragende Position auf dem Binnen- und Weltmarkt einnehmen und mit qualitativ hochwertigem Hopfen überzeugen kann", sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner am Montag in Wolnzach (Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm). Zu den zentralen Erfolgen der Verhandlungen in Brüssel zählt, dass es Deutschland gelungen ist, die Beihilfe für Erzeugergemeinschaften im Hopfenanbau in Höhe von rund 2,3 Millionen Euro pro Jahr zu erhalten. Damit werden Innovationen in Forschung, Züchtung, Pflanzenschutz und Technologie auch in Zukunft gewährleistet und das hohe Qualitätsniveau des Hopfens auf dem EU-Binnenmarkt gesichert. "Wir haben bei der Agrarreform die Grundlage für eine sichere Zukunft des Hopfenanbaus und der Hopfenwirtschaft gelegt und werden diese Errungenschaften auch in Zukunft verteidigen. Die Hopfenanbauer brauchen verlässliche Rahmenbedingungen", sagte Aigner. Aigner stellte heraus, dass die 1.200 Hopfenpflanzler in der Hallertau und den anderen Anbaugebieten Deutschlands unberechenbaren Wetterkapriolen und immer härteren Marktbedingungen trotzen. Deshalb erhalten die Hopfenanbauer künftig auch beim Thema Pflanzenschutz weitere Unterstützung: Um hochmodernen, integrierten Pflanzenschutz voranzutreiben, werden ab 2014 in der Hallertau fünf Demonstrationbetriebe sowohl finanziell, als auch durch exzellente Beratung unterstützt. Der Hopfen wird damit Teil eines bundesweiten Modellvorhabens, in dem über 60 Betriebe mit unterschiedlichen Kulturen bis 2018 zeigen sollen, wie der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduziert werden kann. Der Bund stellt für das entsprechende Modellvorhaben jährlich rund 1,4 Millionen Euro bereit. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08 Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79 Mail: pressestelle@bmelv.bund.de URL: <http://www.bml.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pintr_=542497 width="1" height="1"

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.